

„Das Schiff kriegen Sie hier nicht durch“

Sein jahrelanger Streit mit dem Finanzamt droht einen mehrfach ausgezeichneten Tierfilmer zu ruinieren. Ein Schadensbericht

Von Jens Tartler, Otterndorf

Als der Betriebsprüfer fragte: „Wozu brauchen Sie so viele Fernseher?“, wurde der Dokumentarfilmer Burkhard Lenniger misstrauisch. Dass Lenniger in seinem Studio keine Fernseher hatte, sondern Monitore ohne TV-Empfangsteil, interessierte den Beamten nicht. Auch wollte er keinen der vielen Tierfilme anschauen, um einen Beleg für Lennigers Berufstätigkeit zu bekommen. Sein Urteil stand schon fest: Lenniger fährt mit seinem Kutter durch das holländische Lauwersmeer und macht sich zusammen mit seiner Frau ein angenehmes Leben. Das Forschungsschiff, das Lenniger für 455 000 DM angeschafft hatte, das Studio für 500 000 DM oder das seltene 1000-Millimeter-Objektiv für 130 000 DM – „alles Alibi“.

Der Naturfilmer schlägt sich seit mittlerweile neun Jahren mit der hersächsischen Finanzverwaltung herum. Seine Beweismittel wurden missachtet, stattdessen wurden seine Konten gepfändet, sein Haus sollte zwangsversteigert werden. „Hier wird ein erfolgreicher Unternehmer, der nie eine Mark an Subventionen bekommen hat, von der Verwaltung platt gemacht“, sagt der Landtagsabgeordnete der Grünen Hans-Jürgen Klein.

Der ehemalige Polizist Lenniger ist aber nicht nur zwischen die Mühlsteine von Finanzamt und Gerichten geraten, sein Fall wurde auch zum Politikum: Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei gingen der Sache nach, doch letztlich einigte man sich darauf, dass allein der Finanzminister zuständig ist. Hartmut Möllring ließ sich von seinen Fi-

„Hier wird ein erfolgreicher Unternehmer platt gemacht“

Hans-Jürgen Klein, Landtagsabgeordneter

nanzbeamten informieren, um dann festzustellen: „Das Finanzamt hat keine Fehler gemacht.“

Eigentlich war Lenniger Kriminalbeamter. Wegen einer Krebserkrankung 1989 wurde er gegen seinen Willen in den Ruhestand geschickt. Die folgende Karriere als Tierfilmer begann voller Hoffnung. Da er sich schon im Dienst mit Video befasste hatte und seine Frau Biologielehrerin ist, machte er aus seiner Neigung einen neuen Beruf. Noch während der Chemotherapie fuhren die beiden



Der Tierfilmer Burkhard Lenniger beim Dreh an Bord seines Forschungsschiffs „Pirol“. Das Schiff liegt am holländischen Lauwersmeer, damit Lenniger und seine Frau schnell dorthin fahren können, wo sich seltene Vögel gerade aufhalten. Für ihre Filme haben sie verschiedene Auszeichnungen bekommen. Das Finanzamt ließ sich davon nicht beeindrucken.

ins Wattenmeer, um ihren ersten Film über die dortige Vogelwelt zu drehen. Das Stück bekam auf Anhieb das Prädikat „wertvoll“, später kamen 30 nationale und internationale Auszeichnungen hinzu. Die Lennigers drehten Filme für das ZDF, mehrere Landesregierungen und Schulen in ganz Deutschland.

Der Mann mit dem grauen Vollbart wurde wieder gesund, das Geschäft lief, die hohen Investitionen konnte er aus den Gewinnen bezahlen. 1993 legte er sein eigenes Schiff „Pirol“ auf Kiel – er wollte immer schnell an die Stellen im Meer fahren können, wo die seltensten Vögel sich gerade aufhalten, ohne sich vor jedem Dreh mit langem Vorlauf ein Schiff

mieten zu müssen. Die „Pirol“ wurde vom Bundesamt für Seeschifffahrt als „Arbeits- und Forschungsschiff“ klassifiziert, und auch das Finanzamt Cuxhaven erkannte es zunächst zu 100 Prozent als Betriebsmittel an. Auch wurde für den Kutter bis heute keine Mehrwertsteuer verlangt, was ebenfalls für eine betriebliche Nutzung spricht. Umso überraschter war Lenniger, als er bei einer Betriebsprüfung 1996 hören musste: „Das Schiff kriegen Sie hier nicht durch. Das ist mit der

Rechtsbehelfsstelle abgesprochen.“ Die Beamten wollten die „Pirol“ nur zu 50 Prozent als Betriebsmittel anerkennen, der Rest sei Nutzung in der Freizeit. Lenniger wollte anhand von Fahrtenbüchern, Aufzeichnungen über elektronische Seekarten, Handynabrechnungen und Filmaufnahmen exakt belegen, dass er das Schiff keine Stunde privat genutzt hat. Doch der Finanzbeamte war seine Unterlagen vor Zeugen auf den Boden und ignorierte sie.

Mittlerweile beläuft sich wegen des Streits um das Schiff die Steuer-

nachforderung des Finanzamts auf 172 000 €. Die Zwangsversteigerung von Lennigers Haus konnte das Finanzamt bisher nicht durchsetzen. Jedesmal wenn Lennigers Anwalt Bernd Heinke beim Amtsgericht Otterndorf Antrag auf einstweiliges Rechtsschutz stellte, zog das Finanzamt seinen Antrag schnell zurück.

Im vergangenen Jahr wurde Wirtschaftsstaatssekretär Joachim Weren auf den Fall aufmerksam. Vom Finanzministerium wurde er abgewimmelt, dann wandte er sich an Lutz Bardelle, der in der Staatskanzlei

für Medien zuständig ist. Bardelle wurde aber vom Finanzministerium über seinen Abteilungsleiter „mundtot gemacht“, wie Lenniger sagt.

Er selbst und der Vorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes schrieben an Ministerpräsident Christian Wulff – auf eine Antwort warten sie bis heute. Innerhalb des nächsten halben Jahres will das Finanzgericht in Hannover über Lennigers Fall entscheiden. Der Richter fragte den Unternehmer vergangene Woche am Telefon: „Warum arbeiten Sie eigentlich nicht als Angestellter?“

NACHRICHTEN

Klagen wegen Feinstaub

Mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) haben drei Berliner Bürger Klage gegen die Stadt wegen hoher Feinstaubbelastung eingereicht. Die DUH kündigte juristisches Vorgehen auch gegen Städte wie München oder Stuttgart an, falls diese nicht gegen die Belastung vorgehen. Feinstaub gilt als krebserregend. Nach Berechnungen der EU sterben allein in Deutschland jährlich mehr als 65 000 Menschen durch die Belastung. Seit dem 1. Januar 2005 gilt die so genannte Feinstaubrichtlinie der EU. Nach dieser darf die Belastung durch Feinstaub an höchstens 35 Tagen im Jahr den Grenzwert von 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft überschreiten. Mit den Klagen will die Umwelthilfe Sofortmaßnahmen wie Fahrverbote für Diesel-Autos ohne Partikelfilter durchsetzen.

FTD, Reuters, dpa

Steuerzahlerchef unter Druck

SPD-Fraktionsvize Joachim Poß hat den Präsidenten des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, zum Rücktritt aufgefordert. Am Sonntag war bekannt geworden, dass Däke als Präsident des Bundes und als Vorsitzender des verbandseigenen Karl-Bräuer-Instituts rund 134 000 € im Jahr und als Vorstand im nordrhein-westfälischen Landesverband weitere 51 000 € erhält. Dies sei den zuständigen Gremien im Steuerzahlerbund aber bekannt.

dpa

Rücktritt in Estland

Knapp ein Jahr nach Amtsantritt ist in Estland das regierende Mitte-Rechts-Bündnis gescheitert. Ministerpräsident Jühan Parts erklärte gestern in Tallinn öffentlich seinen Rücktritt, nachdem zuvor Justizminister Ken-Marti Vaher vom Parlament durch ein Misstrauensvotum abgewählt wurde. Sparrungen waren seit Wochen spürbar.

dpa

FIDELITY DEUTSCHLAND SELECT

Standardwerte:

Spitzenwerte: